GLASUL MINORITĂŢILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG XIII. MAI-IUNIE / MAI-JUIN / MAI-JUNI 1935. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 5-6

Unsere Pflichten in der heutigen Lage.

Der Ausschuss für Minderheitenpolitik der Ungarischen Partei in Rumänien hielt in Oradea am 25. und 26. Mai seine Sitzungen unter Leitung seines Vorsitzenden Dr. Elemér Jakabffy.

An diesen Sitzungen wurde in Anschluss an folgende Vorträge lebhaft debattiert:

1. Petitionen zum Völkerbund, die seit dem Referat in Târgu-Mureș eingereicht wurden. 2. Moralische Gesichtspunkte des Minderheitenrechtes. 3. Internationaler Rechtsschutz und innere Gesetzgebung. 4. Das Problem des Staatsbürgerrechtes in Rumänien. 5. Weshalb fehlt das Minderheitenrecht aus dem Völkerbund-Pakt. 6. Der „numerus valachicus" im Spiegel des Minderheitsvertrages. 7. Die wirtschaftliche Lage der Minderheiten und die ethnische Proportion. 8. Die Bezugnahmen der neuen Strafgesetzvorlage auf die Minderheiten. 9. Notwendigkeit der Schaffung einer Minderheitenbibliothek.

Nachfolgend geben wir die Eröffnungsrede des Vorsitzenden Dr. Elemér Jakabffy bekannt, womit er die Frage beantwortet, was die Aufgabe Derer ist, die verpflichtet sind, den Minderheiten in ihrer heutigen schwierigen Lage beizustehen und deren Angelegenheit auch weiterhin zu vertreten.

Gelegentlich unserer letzten, in Cluj, am 19. November 1934 abgehaltenen Sitzung verlautete der Wunsch, der Ausschuss möge seine Sitzungen nicht nur im Anschluss an die Landes-Generalversammlungen der Partei und Sitzungen des Verwaltungskomitees abhalten, sondern auch unabhängig von diesen, und zwar in mehreren Städten abwechselnd, damit die Interessenten der grösseren Zentren ungarnbewohnten Gebietes den Vorträgen und Debatten beiwohnen und sich so in der Erkenntnis ihrer Lage und der Minderheitenfrage überhaupt selbst bilden können.

Diesem Wunsche kommen wir nun nach und es gereicht uns zu grosser Freude, dass die begeisterten Führer der Partei-Sektion von Oradea mare und dem Komitat Bihor uns in diese Stadt riefen, wo sie mit viel Mühe und Umsicht unsere Beratungen vorbereiteten.

Oftmals hörte ich die Frage, warum wir uns noch immer mit den theoretischen Beziehungen der Minderheitsfrage, mit der Bekanntgabe und Erläuterung der Minderheitenrechte und der Veranschaulichung unserer Lage befassen zurzeit, da wir feststellen können, dass unsere anderthalb Jahrzehnte hindurch diesbezüglich angewandten Bemühungen keinerlei Erfolg brachten und unsere Lage heute bedeutend drückender ist, als ehedem, vor einem Jahrzehnt. Diese Fragesteller deuten darauf hin, dass selbst ernste Faktoren des rumänischen politischen Lebens nichts mehr hören wollen von der Regelung unserer Angelegenheit in solchem Sinne, wie wir es fordern, da doch Derjenige, der den sogenannten Minderheitsvertrag unterzeichnete, heute den „numerus valachicus" verkündet und wir uns auf die Karlsburger Punkte mit denselben Aussichten berufen können, wie – sagen wir – unsere sächsichen Schicksalsgefährten auf die im Jahre 1224 im Diploma Andreanum geschaffenen Rechtssicherungen.

Auch auf den unduldsamen Geist macht man uns aufmerksam, der unter den Führern des rumänischen öffentlichen Lebens bemerkbar und vonseiten der Regierung tatkräftig unterstützt und schonugslos angewandt wird.

Bevor ich diese Fragen beantworte, möchte ich mit meinen Gedanken weithin über die Landesgrenze hinaus schweifend, auf zwei kleine Völker aufmerksam machen, deren Gedankenwelt und Regierungssystem vorführen, um daraus Folgerungen zu ziehen.

Das eine dieser Völker ist das litauische.

Die Angehörigen des heute lebenden litauischen Volkes zählen beiläufig so viele Seelen wie die Ungarn Rumäniens, d. h. 1,700,000. Diese kleine Nation lebte Jahrhunderte lang unter fremder Herrschaft und erst nach dem Zerfall des Zarenreiches, beziehungsweise nach dem Weltkriege gelangte es in die Lage einen selbständigen Staat zu gründen auf einem kleineren Gebiet, als das geschichtliche Siebenbürgen, auf 55.000 km^2.

Von der Bevölkerung des heutigen Litauens sind nur 85%

die erwähnten 1,700,000 Litauer, ausserdem leben dort 154.000 Juden, 100.000 Deutsche und 70.000 anderer Nationalität.

Durch die Friedersverträge haben die Grossmächte den Deutschen auch den Landstreifen entrissen, der sich nördlich vom Memelfluss am Ufer der Ostsee befindet und dessen 140.000 Seelen betragende Bevölkerung grösstenteils deutsch ist. Hier übte zu Beginn der Botschafterrat die Souveränitätsrechte aus und zum Durchsetzen seines Willens standen ihm französische Truppen zur Verfügung.

Als im Jahre 1923 die Ereignisse des Ruhrgebiets die Aufmerksamkeit des Völkerbundes und der Grossmächte ernstlich in Anspruch nahmen, entstand in den ersten Tagen des Jahres 1923 im Memelgebiet ein Aufruhr, und zwar – wie sich nachträglich herausstellte – hatte die litauische Regierung eigene militärische Personen bürgerlich gekleidet unter Führung von litauischen Offizieren in das Memelgebiet gesandt und dann das ganze Gebiet mit Militärtruppen besetzt.

Der Botschafterrat protestierte natürlich gegen diese rechtswidrigen und gegen die internationalen Verträge verstossenden Tatsachen, die Regierung in Kowno aber wusste sehr gut, dass ihr nichts arges geschehen könne, da sie ihren Staatsstreich am 9. Jänner angestiftet hatte, am 10. Jänner aber die französischen Truppen unter ebensolcher Verletzung internationalen Rechtes das Ruhrgebiet besetzt hatten.

Die litauische Regierung hatte richtig gerechnet: nach dem Protest des Botschafterrates wurden die französischen Truppen abberufen und das Memelgebiet wurde Eigentum Litauens.

Die Grossmächte fühlten dennoch, sie müssten etwas in dieser Sache tun da im Memelgebiet zur Mehrheit Deutsche leben, deren gesamte Kultur demzufolge in Gefahr geraten war. Darum schränkten sie im Jahre 1924 die litauische Souveränität mittels eines Memel-Vertrages ein, der den Deutschen weitgehende Autonomie und Selbstverwaltungsrecht zusichert.

Es würde zu weit führen, wollte man die Schmälerungen der autonomischen Rechte verfolgen, welche die Memeldeutschen seit einem Jahrzehnt vonseiten der litauischen Regierung erduldeten. Heute ist diese Nationalminderheit so weit, dass sie nur mehr Bruchteile dieses autonomischen Rechtes besitzt und die hervorragendsten Vertreter ihrer Minderheitenrechte schwere Gefängnisstrafe leiden Die Wirkung dieser Vorgänge auf die

deutschen Nation lässt sich aus den Artikeln der Tagespresse zur Genüge beobachten. Bevor wir aber Folgerungen aus diesen Tatsachen ziehen, wollen wir bezüglich der Lage Litauens noch ein Faktum beobachten: Litauen hatte sich durch die rechtswidrige Besetzung des Memelgebietes nur teilweise entschädigt für jenen Verlust, den es erlitt als polnische Truppen trotz Protest des Völkerbundes und der Grossmächte, entgegen jeglichen Rechtes die litauische Hauptstadt Wilna besetzten und dem Völkerbund zum Trotz für sich behielten. Diesen Gewaltakt verklagten die Litauer natürlich und seitdem ist das Verhältnis Litauens zu Polen ein derartiges, dass über die gegenseitige Grenze keine Bahnlinie führt, die Geleise mehrere Kilometer weit aufgehoben sind, sodass zwisen den beiden keinerlei direkter Verkehr besteht, weder wirtschaftlich, noch diplomatisch.

Die politischen Führer eines solch kleinen Volkes, wie das Ungartum Rumäniens, halten es also für zulässig, dass ihre kleine Nation im allerfeindlichsten Verhältnis lebe mit zwei solchen Grossmächten und so grossen Nationen, wie die deutsche und die polnische. Hundertmillionen tatsächlich zum Selbstbewusstsein erwachten zwei Völkern gegenüber steht die 1,700.000 Seelen zählende Nation und stösst die von den Grossmächten verbürgte Minderheiten-Autonomie einfach um und wirft deren Beschützer ins Gefängnis.

Es giebt zu denken, ob solch gewagte Politik zweckmässig ist. Wenden wir uns aber noch nördlicher, nach Finnland, es heisst ja, die nordischen Völker sind ruhig und besonnen. In diesem Lande ist das staatsbildende finnische Volk mit 2,600.000 Seelen vertreten, also mit weniger, als die Bevölkerung des historischen Siebenbürgens. Auch hier leben Angehörige anderer Nationen, unter Anderen auch 340.000 Schweden. Diese Nationalminderheit gab aber dem finnischen Staat einen beträchtlichen Teil seiner Kultur, weshalb der finnischen Verfassung gemäss die schwedische Sprache ebenfalls Staatssprache ist und an der Universität von Helsinki an einem ansehnlichen Teil der Lehrstühle, beiläufig an 20, schwedischer Vortrag ist. Dieser Umstand schmerzt die finnischen Hurrah-Patrioten am meisten. Darum streben sie die schwedische Sprache von da auszumerzen. Im vergangenen Februar brachten 90 von 200 Abgeordneten einen Gesetzantrag, der die Ausschlies-

sung der schwedischen Sprache aus dem Parlament und der Verwaltung bezweckt.

Selbstverständlich bleiben derlei Bewegungen auf die öffentliche Meinung, ja selbst auf die Regierung des benachbarten Schweden nicht ohne Wirkung. Zuerst unterzeichneten 392 schwedische Universitätsprofessoren ein Memorandum, worin sie ihrer Besorgnis Ausdruck gaben und verkünden, dass im Falle Finnland seine, in schwedischer Sprache zustandegekommene Kultur gefährdet, dies leicht die Vernichtung jener kulturellen Verbindung herbeiführen könnte, worin Finnland mit den drei skandinavischen Staaten lebte. Auch in der Presse der beiden Staaten erhob sich eine Het e gegeneinander und in den ersten Apriltagen begaben sich auf Einladung der dänischen Kollegen die Aussenminister Schwedens und Norwegens nach Kopenhagen, wo sie ihre einzunehmende Haltung bei der kommenden Völkerbund-Sitzung besprachen. Zu dieser Beratung wurde aber das vierte Mitglied des skandinavischen Blocks, Finnland nicht eingeladen.

Zwar begründete der dänische Aussenminister nachträglich den Verbleib der Einladung mit etwas anderem, doch weiss die skandinavische öffentliche Meinung nur zu gut, dass die Ursache dieser Entfremdung der wilde nationale Chauvinismus ist, der auch unter den Finnen überhandnahm und der sich nicht schämt, jene Nation zu verletzen und ihren Interessen entgegenzuarbeiten, der sie ihre Kultur zum Grossteil verdankt.

Diese zwei Beispiele beweisen uns am besten, dass gegenwärtig in Europa die Politik „auf dem Vulkan tanzt", wodurch überall die Gegensätze und Reibungen verschärft und schliesslich früh oder spät eine Katastrophe herbeigeführt werden kann.

Ist es nicht die Pflicht jener Überlegten, die die Tatsachen, die Kräfteverhältnisse und hauptsächlich die grosse Macht der Moral erwägen können, nicht einfach beiseite zu treten, sondern ist es nicht ihre Pflicht, trotz wiederholten Nichterhörens, Abwinkens, ja selbst trotz Verhöhnung, ihr ermahnendes Wort zu erheben und Jene flehentlich zu bitten, deren Verstand durch diese merkwürdige Verblendung noch nicht ganz gefühllos wurde: sie mögen doch die Stimme der Vernunft erhören, sie mögen doch nicht immer ärgeren Hass und Unfrieden zwischen Menschen und Nationen schüren.

Wir alle sind dessen bewusst, dass ein klassisches Bei-

spiel der Unterdrückung der Minderheitsnationen jenes politische System geliefert hat, welches im Übrigen wahrhaft grossartiges leistete: der italienische Fascismus.

Vor einigen Wochen war ich in Wien an den Beratungen der Ausschussitzungen der Minderheitskongresse anwesend, wo Josip Wilfan den Vorsitz hatte. Dieser hervorragende Minderheitspolitiker mit weitem Gesichtskreis erzählte, dass vor zehn Jahren, also kurz nach dem Sieg des Fascismus, Mussolini ihm, der damals Mitglied des römischen Parlamentes war, folgendes sagte: „Ich werde Ihnen zeigen, dass es in Italien in zehn Jahren weder slowenische, noch deutsche Minderheit geben wird". Diese zehn Jahre sind nun vorbei und dort, wo vor zehn Jahren Slowenen und Deutsche lebten, gibt es vielleicht wirtschaftlich gebrochen und – einen allbekannten Ausdruck gebrauchend – mit in Katakomben aufrechterhaltener Nationalkultur mehr Slowenen und Deutsche, als vor zehn Jahren.

Diesem Ausspruch Mussolinis fügte Josip Wilfan hinzu: „Es ist nicht auszudenken, dass ein so grosser Staatsmann, wie Mussolini, sich nicht besinnen werde, wie irrig seine Berechnung war und wie dieser Irrtum für das italienische Volk und die gesamte Weltpolitik nur schädliche Folgen zeitigt. Es ist unmöglich, dass er seine, gegen die Minderheiten befolgte Politik nicht früher oder später ändert, wenn die Minderheiten sich selbst getreu bleiben".

Und wie leicht wirklich grosse Staatsmänner solche Politik, wovon es sich herausstellt, dass sie nur Schaden bringt, einer Revision unterziehen, dafür brachte das beste Beispiel der unlängst verstorbene grosse Kämpfer der Polen, Marschall Pilsudszki und der Führer der Deutschen, Hitler. Erinnern wir uns nur der fürchterlichen politischen Spannung, welche zwischen dem deutschen und dem polnischen Reich zehn Jahre hindurch fortwährend mit Sprenggefahr drohte. Und siehe, diese zwei grossen Staatsmänner haben verstanden, dass wenn höhere Ziele es fordern, gemeinsam zu gehen, so muss der Weg gefunden werden, der trotz des problematischen Gebietsanspruches der zwei Staaten das Miteinandergehen ermöglicht.

Wenn die Angelegenheit des polnischen Korridors kein Hindernis mehr im gemeinsamen Vorgehen des deutschen und polnischen Volkes gegen eine grosse Gefahr bildet, ist es dann

nötig, dass wegen ähnlicher Fragen immer noch staatenbildende Völker und Minderheiten in Mitteleuropa leiden müssen?

Wäre es nicht denkbar, dass auch in Mitteleuropa so einsichtsvolle Staatsmänner erstehen werden, denen es gelingt, die Lösung zu finden und uns alle einer schöneren Zukunft entgegenzuführen.

Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben und nicht den so oft wiederholten Wunsch unseres berühmten Aussenministers, um Entwertung der Grenzen, als leere Phrase betrachten. Wohl wissen wir aber dass in Mitteleuropa entwertete Grenzen nur zwischen befriedeten Nationen bestehen können. Befriedigung aber st ohne ideale Lösung der Minderheitsfrage undenkbar.

Ebendarum schwebt uns klar unsere Aufgabe vor, die in uns enthaltene moralische Kraft und unsere universalen Werte je häufiger und in je europäischerer Form zum Ausdruck zu bringen.

In dieser Pflichterfüllung und in diesem Streben dürfen uns nicht Erscheinungen, die wir jetzt beobachten, entmutigen. Auch die unüberlegten Äusserungen eines einzelnen Mannes dürfen uns nicht einschüchtern. Möge er numerus valachicus verkünden, Parteien sprengen, Hass zwischen den Staatsbürgern erwecken – er wird uns nicht hindern, weiterhin diese unsere Rechte zu fordern, welche uns mit seiner Unterschrift ein internationaler Vertrag verbürgt.

Deutschtum und Ungartum.

Von **Dr. Gustav Gratz,** Geheimer Rat, Minister a. D., Präsident des U. D. V.

Diesen Aufsatz entnehmen wir dem „Sonntagsblatt", Wochenzeitung für das deutsche Volk in Ungarn.

Es war unbedingt notwendig, dass der U. D. V. die Grundsätze, die er in den das Verhältnis zwischen Ungartum und ungarländischen Deutschtum betreffenden Fragen einnimmt, in unzweideutiger Weise festlegte, da in der ungarischen Öffentlichkeit über die Stellung des Vereins zu diesen Fragen die verschiedensten, dem tatsächlichen Sachverhalt absolut nicht entsprechenden Anschauungen verbreitet waren. Die Bestrebungen des Vereins sind konsequent verkannt und missdeutet worden

und das allein machte es zu einem unerlässlichen Gebot. der Notwendigkeit, die Bestrebungen des Vereins in das richtige Licht zu setzen. Die Stellungnahme des Vollzugsausschusses, die eine einmütige war, denn dem einzigen gegnerischen Votum eines jungen Budaörser Advokaten ist keinerlei Bedeutung beizumessen, entspricht vollkommen dem Geiste, den die Leitung des Vereins schon zu Lebzeiten Bleyers und auch seither zu verwirklichen bemüht war. Sie bedeutet also keine neue Orientierung des Vereins, sondern wollte nur die alte Orientierung allen gegenteiligen Tendenzen entgegen klar und deutlich zum Ausdruck bringen. Sie entspricht auch ganz dem Geiste, den das Institut für Ausladdeutschtum in Stuttgart in einem dieser Tage an die Redaktion der „Times" gerichteten Schreiben als die einzige richtige bezeichnet hat, dass nämlich die deutsche Bevölkerung im Ausland ihre Bestrebungen stets im Rahmen des Staates, dem sie angehört und in Treue ergeben ist, zu wahren bemüht ist.

Es gab aber auch besondere Gründe, welche die Stellungnahme des Vereins gerade im gegenwärtigen Augenblick als dringend notwendig erscheinen liessen. Die Verwirrung, die in der öffentlichen Meinung Ungarns hinsichtlich der Bestrebungen des Vereines bestand, hatte nämlich zufolge, dass weite Kreise in Ungarn immer dringender die Auflösung des Vereins forderten und dass solche Gedanken auch in s hr massgebenden Kreisen Eingang gefunden haben. Ich habe es als meine Pflicht erachtet, den Volksbildungsverein, diese wichtige Schöpfung Jakob Bleyers und ein kostbares Erbe, das er dem ungarländischen Deutschtum hinterlassen hat, vor diesem Schicksal zu bewahren. Wäre eine unzweideutige Klarstellung jener Grundsätze, von denen sich der Verein leiten lässt, nicht erfolgt, so wäre damit zu rechnen gewesen, dass früher oder später die Gegner des Vereins seine Auflösung durchgesetzt hätten. Dazu kommt dann noch eine weitere Erwägung. Bekanntlich hat Ministerpräsident Gömbös bei der im vorigen Jahre elfolgten Neuorganisierung des Vereins die Erklärung abgegeben, dass die Regierung eine den Wünschen des ungarischen Deutschtums entsprechende Regelung der Schulfrage in Angriff nehmen wolle. Infolge jener Anfeindungen, denen der Verein wegen des unüberlegten und hitzigen Auftretens einzelner seiner Mitarbeiter ausgesetzt war, entstand eine Atmosphäre, die es der

Regierung unmöglich machte, diese Regelung der Schulfrage in Angriff zu nehmen. Auch diese Erwägung liess es als geboten erscheinen, dass der Verein durch eine klare Stellungnahme und durch ein feierliches Bekenntnis zum ungarischen Staat, das übrigens den alten Überlieferungen des Ungarländischen Deutschtums entspricht von allen jenen Tendenzen, die das Verhältnis zwischen dem Ungartum und dem ungarländischen Deutschtum störend beeinflussten und die er übrigens immer misbilligt hat, ausdrücklich abrücke, damit endlich eine Atmosphäre geschaffen werde, in welcher die dem ungarländischen Deutschtum gewiss nicht unfreundlichen Absichten der Regierung zur Ausführung kommen können.

In diesem Gesichtswinkel ist auch die Frage Basch zu beurteilen. Dr Basch ist infolge einer unvorsichtigen Aeusserung, die er allerdings in jener Form, wie sie ihm zugeschrieben wird, in Abrede stellt von zwei Gerichten mit einer empfindlichen Gefängnisstrafe belegt worden. Noch wird die königliche Kurie sich in letzter Instanz mit diesem Falle beschäftigen müssen und es ist möglich, dass diese das Urteil der beiden ersten Instanzen auflösen und eine Ergänzung des Beweisverfahrens anordnen werde, in welchem Falle Dr. Basch, wenn er tatsächlich beweisen kann, dass er das, was man ihm in den Mund legt, nicht gesagt habe, vielleicht noch freigesprochen werden kann. Es ist aber ganz unmöglich, dass die wichtigen Funktionen des Generalsekretärs in den Händen einer Persönlichkeit bleiben, die durch ein, wenn auch nicht rechtskräftiges Urteil, derzeit in der ungarischen öffentlichen Meinung in gewissem Sinne stigmatisiert ist. Es wäre das eine Belastung, die der Verein nicht tragen kann. In der Regel pflegen Funktionäre freiwillig zu verzichten, damit nicht ihre Person der Sache schade, die sie vertreten. Dr. Basch hat indes aus sehr ehrenwerten, aber meines Erachtens, nicht stichhältigen Gründen diesen Weg nicht betreten, oder besser gesagt, seine Freunde haben ihm nicht gestattet, diesen Weg zu betreten, so dass nichts anderes übrig blieb, als ihn zwangsläufig zu beurlauben. Diese Massregel wirft jedoch keinerlei Schatten auf die Persönlichkeit und den Charakter Dr. Basch. Sie will auch dem Urteil der Kurie in keiner Weise vorgreifen, sondern stellt lediglich eine, im Interesse des Vereins unerlässlich notwendige administrative Massregel dar.

Die Gegensätze, die im Namen des Volksbildungsvereines in der jüngsten Zeit zum Ausdruck gekommen sind, haben ihren Ursprung in einer überaus heiklen Frage, die in der Wissenschaft derzeit stark erörtert wird, ohne dass man sagen könnte, dass die Auffassungen über sie schon endgiltig abgeklärt werden. Es handelt sich um die Unterscheidung, die zwischen der Staatsgemeinschaft einerseits und der Volksgemeinschaft andererseits gemacht wird, also zwischen zwei Begriffen, die sich selbst in der Theorie mehrfach kreuzen und in der Praxis oft heftig gegen einander anprallen. Wenn sich die Wissenschaft mit dieser Frage beschäftigt, in welche vielfache philosophische, politische, staatsrechtliche und andere Erwägungen hineinspielen, so lässt sich dagegen gewiss nichts einwenden. Dagegen begibt man sich auf ein ausserordentlich heikles Gebiet, wenn man den Gedanken der Volksgemeinschaft zum Gegenstand einer Agitation unter einfachen Leuten macht, die keinerlei wissenschaftliche Vorbildung haben können, weil diese heute dann aus dem Gehörten ganz andere Ideen ableiten, als man ihnen vielleicht auch von Seiten derjenigen, die diesen Gedanken warm angreifen, beibringen will. Ein Teil derjenigen, die an der Arbeit des Volksbildungsvereins teilnehmen, hat aber gerade diese heikle Frage in den Mittelpunkt der statutengemäss rein kulturellen Bestrebungen des Vereines gerückt, mit der Motivierung, – wir haben sie in der Sitzung des Vollzugsausschusses zu hören bekommen, – dass jede kulturelle Bewegung unter dem ungarländischen Deutschtum damit anfangen müsse, dass man den ungarländischen Deutschen das Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit mit dem deutschen 100 Millionen-Volk erweckt, also mit anderen Worten, dass der Geist der deutschen Volksgemeinschaft unter ihnen lebendig werde. Das ist aber ein ausseordentlich bedenklicher und gefährlicher Weg, der die ungarländischen Deutschen in fortwährende Konflikte mit den Behörden und mit dem Ungartum bringen muss. Das hat sich auch in der Vergangenheit gezeigt, da in Orten wo diese Ideen verkündet worden sind und Wurzeln gefasst haben, Gegensätze entstanden, die zu einer Fülle von Strafmandaten gegen einzelne gutgläubige Leute geführt haben, die diesen Lehren ein williges Ohr schenkten. Man erweist dem ungarländischen Deutschtum einen schlechten Dienst, wenn man es in diese Konflikte hineinzerrt.

Die Fragen, um die es sich hier handelt, liegen hart an der Grenze, an welcher staatliche und völkische Interessen zusammenstossen können. Nur sehr feine Köpfe mit umfassender Bildung und scharf ausgebildetem Unterscheidungsvermögen sind in der Lage, in diesen Fragen zu einer halbwegs befriedigenden Klarheit zu gelangen. Diese schwierigen und heiklen Fragen zum Gegenstand einer für die breite Volksmassen bestimmten Agitation zu machen, ist sträflicher Leichtsinn. Die Herren, die diese Agitation betreiben wollen, sollten doch damit rechnen, dass hunderte und hunderte von einfachen Leuten, die diese Theorien gar nicht begreifen können und für die sie auch ohne wirklichen Wert sind, als ihre Opfer von einem Konflikt mit den Behörden zum anderen taumeln werden, was für sie fortwährende Geld- ung Freiheitsstrafen zur Folge haben würde. Ich glaube nicht, dass die deutsche Bevölkerung Ungarns Lust hätte, diesen Weg zu betreten und daher muss der Verein, der ihre Interessen zu vertreten hat, sein warnendes Wort erheben und sie darauf aufmerksam machen, dass es ihre Haut ist, die wir wahren, wenn wir dieser Agitation einen Riegel vorschieben. Indem der Vollzugsausschuss des Vereins einstimmig ausgesprochen hat, dass er jede Bewegung missbilligt, die geeignet ist, zwischen Ungartum und ungarländischem Deutschtum einen Keil zu treiben, hat er meines Erachtens auch ausgesprochen, dass solche heikle Fragen in den Versammlungen des Vereines nicht erörtert und breitgetreten werden dürfen, denn es liegen bereits genügende Beweise dafür vor, dass diese Erörterungen tatsächlich in manchen Orten einen solchen Gegensatz zwischen Ungartum und ungarländischen Deutschen hervorgerufen haben. Die alte Losung der ungarländischen Deutschen: „Wir sind deutsch, aber gute Ungarn", darf nicht durch neue und unausgegohrene Schlagworte ersetzt werden. Unter dieser Losung hat das ungarländische Deutschtum seit Jahrhunderten in Frieden gelebt und unter dieser Losung wird es auch weiterhin sein Heil am besten finden.

Die Wahlen in Jugoslawien.

Von: **Dr. Elemér Jakabffy.**

Das von der jugoslawischen Verfassung vorgeschriebene Wahlsystem ist zu allem eher geeignet, als zur Wiedergabe des wahren Willens der Volksmasse. Das jugoslawische Wahlrecht stellt schon durch die Art des Kandidierens diesem Volkswillen unüberwindliche Hindernisse in den Weg. Die Belgrader Ober-Wahlkommission kann nur solche Parteilisten approbieren, die in mindestens der Hälfte der Landesdistrikte je dreissig Empfehler bekommen, diese Distrikte müssen aber im Gebiete von mindestens sechs Banaten liegen. Diese Verfügung allein verhindert, dass zum Beispiel das Ungartum Jugoslawiens mit selbständiger Liste an den Wahlen teilnehmen kann. Ein anderes Hindernis für die freie Äusserung des Volkswillens ist das System der offenen Stimmenabgabe. Wer mit dem Wesen der jugoslawischen Verwaltung nur halbwegs bekannt ist, wird sich nicht wundern, dass z. B. in der Stadt Magyarkanizsa, wo laut amtlicher Zählung vom Jahre 1920 von 18.074 Einwohnern 17.127 Ungarn sind, das heisst 94·8 % der Gesamtbewohner, dort von den 4920 Wählern 4029 ihre Stimme abgaben, wovon 3973 auf die Regierungsliste und 56 auf die Oppositionsliste fielen. Naiv wäre derjenige, der dieses Resultat als Äusserung des wahren Volkswillens betrachten wollte.

Die Art der Verteilung der Mandate vereitelt schliesslich vollends das Geltendwerden des Volkswillens in der Gesetzgebung.

Demgemäss bekommt nämlich jene Partei, der die relative Mehrheit der Stimmen zufiehl, drei Fünftel der Mandate und zwar separat in jedem Banat, auch wenn die betreffende Liste in irgendeinem Banat keine einzige Stimme erreicht hat. Als Beispiel: hätten die Kroaten und Serben im Banat an der Adria alle miteinander für die Liste der Opposition abgestimmt, so wären dennoch drei Fünftel ihrer Abgeordneten aus der Reihe der ihnen unbekannten, oder nur zu sehr bekannten, jedoch verhassten altserbischen Politikern hervorgegangen. Daraus ergiebt sich die Erklärung, warum in Zagreb, wo die Maček-Partei 29.800 Stimmen bekam, die Jeftić-Partei aber nur 9600, dennoch alle vier Mandate der Jeftić-Partei zufielen.

Am 5. Mai verlief die letzte allgemeine Abgeordnetenwahl.

Termin des Einreichens der Listen war der 19. April. Sechs Listen wurden eingereicht, von diesen aber, da es in Jugoslawien keine Unabhängigkeit der Richter giebt, wurden trotzdem, dass in der Ober-Wahlkommission zur Mehrheit Mitglieder des Belgrader Kassationshofes vertreten sind, auf Wunsch der Regierung zwei Listen durch das Gericht zurückgewiesen. Die Listen von Jeftić, Maček, Maksimović und Ljotić wurden angenommen. Dem Zwischentreten des Fürsten Paul ist es zu verdanken, dass Maćek nicht zurückgewiesen wurde. Und dass diese Liste nicht überwiegende Mehrheit erhielt, ist dem unbändigen Terror zuzuschreiben, respektive laut Feststellung der Opposition der Unterschlagung der Stimmen, wofür die Ober-Wahlkommission nur annähernde Korrektion gewährte, indem sie nach den Wahlen hunderttausend Stimmen Maček zugute schrieb.

Laut amtlicher Daten gebrauchten 73·72 % der Wähler ihr Staatsbürgerrecht: insgesammt stimmten 2,881.020 Wähler. Gesamtzahl der Wähler ist 3,908.313. 1,027.293 Wähler gaben keine Stimme ab. Die Stimmenverteilung ist wie folgt: Jeftić 1,747.037 (60·64 %), Maček 1,076.346 (37·36 %), Maksimović 33.549 (1·16 %), Ljotić 24.088 (0·84 %). Laut Wahlgesetz werden jene Parteien, welche nicht mindestens 50.000 Stimmen erreichen, bei der Verteilung der Mandate nicht beachtet. Demnach fielen die Listen Maksimović' und Ljotić' durch.

Die Liste Jeftić gewann mit ihren 60·64 % Stimmen 82 % der Mandate. Maček mit den 37·36 % der abgegebenen Stimmen bekam 18 % der Mandate. Maček erreichte in den zwei Banaten mit kroatischer Mehrheit (Save und Küstengebiet) zwei Dritteile Mehrheit.

Wie oben erwähnt, verhindert das jugoslawische Wahlsystem das im Lande lebende Ungartum, sich an den Wahlen mit selbständiger Liste beteiligen zu können. Eingedenk dessen versuchten die politischen Führer des Ungartums mit der Regierung darüber zu verhandeln, dass dem Ungartum auf den Regierungslisten Mandate zuteil werden können. Selbstverständlich mussten die Ungarnführer bei gewissen Bedingungen verharren. Da aber diese nicht beachtet wurden, kam zwischen den Ungarn und den Vertretern der Regierung kein Abkommen zustande.

Unter den Mitgliedern der jungen ungarischen Generation

fanden sich einige Solche, die nach dieser Erfahrung mit aller Kampfbereitschaft die Liste Mačeks unterstützten, wenngleich sie sich dadurch viel Unannehmlichkeiten aussetzten, die solch einem Unternehmen folgen. Dr. Ivan Nagy war einer Derjenigen, die diese neue Orientation einhielten.

Une Violation du Traité de Minorités par l'Albanie

constatée par la Cour permanente de La Haye.

Nous avons publié dans notre dernier numéro la decision du Conseil de la S.D.N. qui transmettait le dossier de la question des minorités grecques en Albanie à la Cour Permanente de Justice internationale.

Le rapport précis et les motifs juridiques de cette affaire bien mis en valeur par le rapporteur, M. de Madariaga, ont pu montrer aux membres du Conseil que les questions minoritaires sont des problèmes qu'il faut résoudre sur le terrain juridique et non sur le terrain politique. Ils ont pu aussi leur prouver que seule l'opinion d'une cour internationale de justice peut être prise en considération, car on ne peut compter sur l'impartialité d'un corps diplomatique tel que le Conseil de la Société des Nations. Cette décision de la Cour de la Haye, prononcée le 6 avril 1935, montre donc bien, ce qui entre parenthèses a toujours été notre thèse, que les questions juridiques ne peuvent être examinées sous le même angle que les questions politiques.

Le Conseil de la S.D.N., cénacle privilégié des Etats vainqueurs, se devrait de chercher à conquérir une reputation d'impartialité, à condition d'admettre quil n'est pas toujours compétent dans les différents qu'il a à trancher, et qu'il a alors la possibilité de demander un avis consultatif à la Cour permanente de Justice internationale.

Nous nous permettons de reproduire ci-dessus les renseignements suivants qui émanent du Greffe de la Cour permanente de Justice internationale et qui ont été mis officieusement à notre disposition :

La Cour permanente de Justice internationale a prononcé,

le 6 avril 1935, en audience publique, son avis consultatif sur une question, qui lui a été soumise par le Conseil de la Société des Nations en janvier 1935, et qui avait trait à la situation des écoles minoritaires en Albanie.

Cette question était ainsi conçue :

En tenant compte de l'ensemble de la Déclaration faite le 2 octobre 1921 devant le Conseil de la Société des Nations au nom du Gouvernement de l'Albanie, doit-on considérer comme fondée la thèse de ce Gouvernement selon laquelle la supression des écoles privées en Albanie, constituant une mesure générale applicable aussi bien à la majorité qu'à la minorité, est conforme à la lettre et à l'esprit des stipulations de l'alinéa 1 de l'article 5 de cette Déclaration ?

La Cour a répondu négativement par huit voix (MM. Guerrero, Vice-Président, le Baron Rolin-Jaequemyns, Fromageot, Altamira, Anzilotti, Urrutia, Schücking, van Eysinga) contre trois (Sir Cecil Hurst, Président, le Comte Rostworowski, M. Negulesco.) Les trois juges de la minorité ont joint à l'avis une opinion dissidente commune.

L'origine de la question et les motifs de la Cour peuvent être brièvement resumés comme suit :

L'Albanie avait été admise comme membre de la Société des Nations dès 1920, étant entendu que pour la protection des minorités se trouvant sur son territoire, elle accepterait des obligations conformes aux principes généraux inscrits dans les traités de minorités. L'engagement de l'Albanie prit la forme d'une Déclaration qu'elle signa le 2 octobre 1921 et qui fut officiellement transmise au Conseil : Les clauses de la Déclaration tout en étant, d'une manière générale, conformes aux dispositions correspondantes des traités de minorités, en diffèrent cependant sur quelques points.

Aux termes de la Déclaration, il incombait à l'Albanie de fournir au Conseil des renseignements sur la situation juridique des minorités. Il résulte des informations fournies que celles-ci avaient le droit de maintenir et de créer des écoles privées. Le Conseil se borna à en prendre acte.

Cependant, dès 1923, le Gouvernement albanais manifesta l'intention d'abolir le droit de maintenir et de créer des écoles privées ; mais dans la constitution de 1928, ce droit était encore conservé. En 1930, d'autre part, l'Albanie prit des mesures en

vue de la laïc sition de l'enseignement et, en 1933, la suppression des écoles privées fut décidée par une modification de la constitution albanaise.

A la suite de ces événements, des pétitions furent adressées à la Société des Nations au nom des minorités; suivant la procédure en vigueur, elles furent renvoyées à un Comité de trois membres, qui décida de faire inscrire à l'ordre du jour du Conseil l'examen de la portée de la Déclaration albanaise relative aux minorités. C'est alors que le Conseil a pris la résolution de consulter la Cour.

Dans son avis, consultatif, la Cour constate que les deux thèses en présence sont les suivantes: d'une part, la Déclaration n'imposerait à l'Albanie en matière scolaire d'autres obligations que d'accorder aux minoritaires un droit égal à celui des autres ressortissants albanais; d'autre part, l'idée fondamentale de la Déclaration serait de garantir aux minorités la liberté de l'enseignement grâce au droit de conserver les écoles existantes et d'en créer de nouvelles. Selon la première thèse, toute interprétation qui obligerait l'Albanie à respecter les écoles minoritaires alors que les autres ressortissants albanais n'ont plus le droit d'avoir des écoles privées, irait à l'encontre de l'idée essentielle du droit minoritaire en créant un privilège en faveur de la minorité; selon la seconde, l'égalité de traitement ne saurait s'opposer à la liberté effective et intégrale en matière d'enseignement, qui est le but poursuivi par la Déclaration albanaise.

Pour interpréter cette Déclaration, eu égard aux deux thèses qui s'opposent ainsi, la Cour se place au point de vue des principes généraux inscrits dans les traités de minorités.

Dans cet ordre d'idées, elle constate que l'idée prédominante des traités est d'assurer une „coexistence pacifique et une collaboration cordiale" entre majorité et minorités, tout en sauvegardant les traits caractéristiques de celles-ci: Dans ce dessein, ils posent le principe de l'égalité et celui de l'octroi aux minorités de moyens propres à préserver leurs caractéristiques et leur physionomie. Les deux principes sont d'ailleurs liés en ce sens qu'il n'y aurait pas de véritable égalité entre majorité et minorité si cette dernière était privée de ses propres institutions, et, partant, obligée de renoncer à ce qui constitue l'essence même de sa vie en tant que minorité.

La Cour constate ensuite que la Déclaration albanaise pro-

cède elle aussi, de ces principes : en même temps qu'elle prévoit l'égalité de traitement, elle précise les droits dont toutes les personnes qu'elle vise doivent également jouir. Ces personnes comprennent notamment les minoritaires.

A ceux ci, la Déclaration assure „le même traitement et les mêmes garanties en droit et en fait" que les autres ressortissants albanais. Selon la Cour, il s'agit ici d'une égalité qui est particulière aux rapports entre majorité et minorité et qui est caractérisée par l'égalité de fait. L'égalité de fait s'ajoute à l'égalité de droit; elle s'oppose à une égalité purement formelle et peut rendre nécessaire des traitements différents destinés à établir un équilibre entre des situations différentes.

D'après la Cour, c'est précisément ce que fait la Déclaration lorsqu'elle prévoit, en faveur des minorités, le droit de maintenir et de créer des institutions telles que les éco es. L'égalité de traitement exigée serait rompue si ces institutions étaient supprimées ou remplacées par des institutions d'Etat·

Dans cet ordre d'idées, la Cour fait encore observer que lexpression *droit égal* signifie que le droit ainsi accordé aux minoritaires ne peut en aucun cas être inférieur au droit correspondant des autres ressortissants albanais : c'est le minimum nécessaire pour garantir une egalité effective et réel e entre majorité et minorité. Loin de constituer un privilège en faveur de cette dernière l'expression dont il s'agit sert à assurer que la majorité ne se trouve pas privilégiée par rapport à la minorité. D'ailleurs, la Cour voit la confirmation de sa manière de voir dans l'historique des clauses pertinentes et dans leur contexte.

C'est pour ces motifs que la Cour répond negativement à la question qui lui avait été posée par le Conseil de la Société des Nations.

L'opinion anglaise constate l'incapacité de la S. D. N. dans la question minoritaire.

Le grand quotidien anglais „Evening News", dans son numéro du 27 mars 1935, publie un long article à propos de la sortie définitive du Nippon de la S. D. N.

Il constate que la Société des Nations, d'organisme international est devenue une Fédération d'Etáts européens ; il remarque aussi qu'elle ne pouvait arriver à aucun résultat en tant que sentinelle de l'ordre et de la paix internationale, et que, même dans le cadre européen, son action n'est guère probante. L'„Evening News" déclare, d'autre part, qu'elle est pareille à un gendarme qui se sert uniquement de son sifflet, mais jamais de son arme. La police qu'elle exerce en Europe se borne au rôle d'un agent réglant la circulation. Elle n'a donc pas le droit de faire figure de „conscience européenne."

Cette institution n'est pas autre chose qu'un simple exécuteur de ces traités internationaux qui ont arraché aux Etats vaincus, au mépris de tout droit et de toute justice, des millions et des millions d'individus.

La S. D. N. ne s'est jamais préoccupée de ces injustices ; et les plaintes, pourtant justifiées, des minorités n'ont pas trouvé d'écho auprès d'elle. Elle a, au contraire, toujours trouvé moyen d'éviter toute discussion et toute aide à ce sujet, et elle a fait comme les autruches qui, pour ne pas voir le danger, cachent leur tête dans le sable.

Toujours d'aprés ce journal anglais, l'organisme genevois est devenu une arme aux mains de certaines grandes puissances. Quant aux petits Etats qui en ont pourtant grand besoin, ils ne peuvent jamais recevoir quelque aide.

Cette politique lui a fait perdre sa réputation, car actuellement, la situation en Europe est pareille à la période d'avant-guerre : chaque Etat ne travaille plus qu'en vue de ses propres intérêts.

*

Il faut nous réjouir de ce que les yeux du monde entier se décillent sur certaines questions vitales qui ont été confiées jusqu'à maintenant à la S. D. N. sans qu'elle ait eu à subir quelque critique pour son inaction.

On peut constater que non seulement les pays vaincus et les minorités opprimées, mais aussi l'opinion publique des pays neutres et de quelques Etats vainqueurs expriment leur mécontentement au sujet de certains actes de la S. D. N.

Alors qu'ici, à Genève, elle se croit invulnérable et infaillible, de toutes les parties du monde, on entend des critiques bien fondées et qui voient justes.

En ce qui concerne la question minoritaire, nous avons publié dans notre dernier numéro toutes les pétitions qui ont été adressées à la S. D. N. depuis 1931 ; et l'on peut remarquer que sur 150 pétitions, on n'en trouve aucune où la S. D. N. ait bien voulu donner satisfaction aux requérants.

Le nombre des pétitions actuellement pendantes n'est pas loin de 100, mais ni le Sécrétariat, ni les différents Comités des Trois ne sont pressés de les résoudre. Ils ont mis en vigueur une méthode spéciale, mais confortable, qui leur permet de tirer en longueur, sous différents prétextes, les pétitions les plus simples et les plus justes.

La question devient chaque jour plus pressante: pourquoi la S. D. N. n'est-elle qu'au service des Grandes Puissances et de certains Etats vainqueurs? Et pourquoi ceux qui sont faibles et opprimés ne peuvent-ils élever leur voix jusqu'à elle?

Cependant, réjouissons-nous de voir le monde entier sortir de sa torpeur et commencer à comprendre que de même que la question du désarmement n'est qu'un prétexte au réarmement, de même le mot „égalité" signifie à Genève „inégalité." Car comment comprendre autrement l'insistance de la Société des Nations à maintenir éternellement une distinction entre vainqueurs et vaincus.

Et réjouissons-nous aussi de voir le monde réprouver l'attitude de la S. D. N. qui veut conserver un Traité de Paix favorable seulement à certains Etats, alors que le même organisme ne veut rien savoir des traités de minorités, créés cependant pour ceux qu'opprime le même Traité.

La politique minoritaire du parti radical-paysan et du parti national-paysan.

Le président du parti radical paysan *M. Grégoire Junian* a prononcé un discours au congrès de l'organisation de Dobrich (Dobrudja du Sud), dans lequel il s'est occupé aussi de la politique minoritaire. Une politique nationaliste chauvine, a-t-il dit notamment, n'est pas conforme aux intérêts de la Roumanie où sur 18 millions d'habitants plus de 4 millions sont de minori-

taires, nés dans le pays. Nous voulons faire une politique de fraternité avec toutes les nationalités qui habitent notre pays et donner aux minorîtaires la possibilité de se sentir chez elles en Roumaine.

D'autre part, dans un discours prononcé à Giurgiu, l'ancien ministre des Finances et leader national-paysan *M. Virgile Madgearo*, s'est prononcé nettement contre la formule du „numerus valachicus" lancée par l'ancien président du Conseil et leader du même parti M. Alexandre Vaïda-Voevode. M. Vaïda se trompe, a déclaré M. Madgearo, l'orsqu'il s'imagine, qu'il peut résoudre par sa formule d'une façon quelconque les problèmes nationaux, qui demandent en réalité un examen sérieux. Cette formule ne signifie rien et ne peut rien résoudre ; c'est une formule démagogique. Nous avons en Roumanie plus de 4 millions de minoritaires ; Hongrois, Saxons, Juifs, Bulgares, Turcs, Serbes, Russes, etc.

Au cours d'un discours qu'il a prononcé à Cluj, à la réunion du comité départemental du parti national-paysan le président de ce parti *M. Ion Mihalache* a insisté plus spécialement sur l'agitation créée autour de la formule „numerus valachicus", lancée par l'ancien président du Conseil et ancien leader de ce parti, M. Vaïda Voevode.

Le parti national paysan, a déclaré notamment M. Mihalache, estime qu'il n'est pas possible d'enganger une lutte d'oppression des minorités qui habitent la Roumanie. S'il est vrai que sur les 18 millions d'habitants de la Roumanie, 4 millions sont des minorités, ce fait demeure une réalité qu'on ne saurait pas déconsidérer, parce qu'ainsi le désire M. Vaïda ou n'importe quel autre politicien. Le parti national-paysan a le devoir de s'efforcer à capter ces minorités dans une direction politique favorable aux Roumains. C'est une grande erreur que de continuer à diriger l'esprit de ces minoritaires vers Budapest par ce système d'agitation qui sappelle „numerus valachicus".

Je suis certain, a ajouté le président du parti national-paysan, que M, Vaïda ne croit nullement dans la formule „numerus valachicus", mais continue à l'agiter, car il a besoin d'une formule résonnante pour contrecarrer l'action de M. Maniu en Transylvanie. Si ce conflit entre MM. Vaïda et Maniu n'existait pas, et si M. Vaïda était libre de faire ce que bon lui

semble en Tchéchoslovaquie et dans le Banat, il n'aurait pas lancé sa formule et n'aurait pas entretenu son agitation et n'aurait pas créé l'animosité entre les différents citoyens de la Roumanie.

Zu den Wahlen in der Tschechoslowakei.

Aus der «Europäische Nationalitäten-Korrespondenz.»

Dank dem persönlichen Eingreifen des greisen Präsidenten *Masaryk* ist die Ausschaltung aus den Wahlen der heute bedeutendsten sudetendeutschen bürgerlichen Gruppe, der Sudetendeutschen Partei (Sudetendeutsche Heimatfront), eine Ausschaltung, die von der Partei des Ministers Benes gefordert wurde, unterblieben. Man wird diese Wendung im Interesse der Sudetendeutschen, wie der Tschechen, im Interesse einer künftigen erfolgreichen Auseinandersetzung über die Gestaltung eines dauernden Zusammenlebens zwischen den beiden Volksgruppen, nur begrüssen können. Allerdings, seitens der dem Aussenminister nahe stehenden „Prager Presse" und anderer ähnlich eingestellter Kreise wird der Kampf gegen Konrad Henlein und seine Bewegung weiterhin systematisch fortgeführt, so dass die Möglichkeit besteht, dass das Vorgehen gegen diese grosse deutsche Gruppe nur aufgeschoben und nicht etwa aufgegeben ist. Deswegen kommt der Kampagne der „Prager Presse" und *der anderen beteiligten Kreise ein aktuelles Interesse zu.*

Welche sind die eigentlichen Beweggründe dieser Kampagne? Auf diese Frage geben die „Lidové Noviny" eine aufschlussreiche Antwort. In dem Blatte ist angeführt: „Heute steht der deutsche Aktivismus auf dem Spiel; heute ist die Möglichkeit der tschechoslowakisch deutschen Zusammenarbeit in Gefahr gebracht. Die nationalistische deutsche Heimatfront wird nach den Wahlen zu einer Kompromiss Regierungs Politik unfähig sein. Je stärker sie sein wird, einen umso grösseren Druck wird sie auf die deutschen Agrarier und Christlichsozialen ausüben; auch diese werden sich dann national radikalisieren, so dass eine Zusammenarbeit mit ihnen in der Regierung ungemein schwierig, wenn nicht unmöglich sein wird . . ."

Es ist also im Grunde nur die Furcht davor, dass die bisherige bequeme Mitarbeit der deutschen Parteien an der Regierung ein Ende nehmen könnte. Diese Mitarbeit beruhte bekanntlich auf keinerlei, seitens der betreffenden deutschen Parteien gestellten grundsätzlichen Bedingungen. Sie bestand darin, dass ohne dass die grundlegenden Fragen der tatsächlichen Gleichberechtigung im staatlichen Leben, der Selbstverwaltung u. s. w. irgendwie geregelt oder auch nur behandelt worden wären, die Anwesenheit der deutschen Minister in der tschechoslowakischen Regierung, dieser, insbesondere deren Au senminister, die Möglichkeit bot, auf eine erfolgte Lösung des Nationalitätenproblems in der Tschechoslowakei hinzuweisen. Es verging so ein Jahr nach dem andern, bis die Enttäuschung bei den Wählern, die eine wirkliche Gleichberechtigung im Staate verlangten, die spontanen Schwenkungen weiter Kreise der deutschen Wählerschaft, das Entstehen und das Anschwellen der Sudetendeutschen Heimatfront (wie die Bewegung bis vor kurzem hiess), zur Folge hatten. Diese Auffassung wird durch den angesehenen früheren Klubobmann des Bundes der Landwirte (der an der Regierung teilnimmt) Dr. F. Hodina insbesondere durch seine Motivierung bestätigt, die er bei Verlassen der Agrar-Partei und bei Anschluss an die Sudetendeutsche Heimatfront abgegeben hat. Die Henlein-Bewegung hat neue Grundlagen für die Teilnahme der Deutschen an der Regierung geschaffen. Die Zeit einer bedingungslosen Regierungsteilnahme der Deutschen ist bei einem sich durchsetzenden Erfolge der Bewegung dahin.

Die interessierten Kreise suchen noch jetzt aus den erwähnten Gründen alle Kräfte einzusetzen, um die Henlein Gruppe auszuschalten und ein Aufkommen derselben bei den kommenden Wahlen zu verhindern. Da gegen die loyale Haltung Henleins gegenüber dem tschechoslowakischen Staat sachlich nichts eingewendet werden kann, so greift man im Kampfe gegen ihn oft zu Argumenten, die einen geradezu grotesken Charakter tragen. So erschienen in der „Prager Presse“ unter der Überschrift „Alles für den Staat“ die folgenden Ausführungen: „Die tschechoslowakische Öffentlichkeit wartet seit langem auf Taten, die den runden Worten der Loyalität (seitens Henleins) entsprechen würden. Mit Telegrammen, Presseberichtigungen und dgl. allein lässt sich eine loyale Haltung nicht beweisen.“ Welche

sind nun die Taten, durch die Henlein und seine Bewegung ihre Loyalität gegenüber dem Staate beweisen sollen? Die „Prager Presse" nennt sie: „In der Republik wurden in der letzten Zeit einige Sammlungen durchgeführt ... Etwa die Masaryksammlung oder die Fliegersammlung, oder die Sammlung für die Motorisierung der Armee." Das Blatt macht der Sudetendeutschen Partei – also einer politischen Partei – hierauf den Vorwurf, dass sie diese Sammlungen von sich aus nicht gefördert habe. Die Behauptung von der Illoyalität Henleins gegenüber dem Staate soll durch eine solche Beweisführung gestützt werden. Die Anklage gegen die Sudetendeutsche Partei erscheint durch eine solche Argumentation nicht stichhaltiger.

Da es an sachlichen Gründen für das Verbot der Henlein-Gruppe fehlte, suchte man noch auf andere Weise die Blosstellung der Bewegung zu erreichen. Es beginnen dunkle Machenschaften, bei denen der reichsdeutsche Emigrant Alfred Prätorius als Werkzeug benützt wird. Es ist eine Aktion der Provokation, die Prätorius im Interesse seiner Auftraggeber unternimmt, um Material für eine Kompromittierung Henleins und seiner Bewegung im Sinne der Staatsfeindlichkeit zu erlangen. In Hinsicht auf den Umstand, dass solche Methoden auch in anderen Ländern im Kampfe gegen die Nationalitäten angewandt werden, um insbesondere gegen die Führer derselben vorgehen zu können, gehen wir wegen der Aktualität näher auf diese ein. In einer Instruktion, die Prätorius aus Prag erhielt, heisst es: Sie geben sich als Offizier des Deutschen Nachrichtendienstes aus. Versprechen Sie den Leuten (von der Henlein-Bewegung) 1000 Kronen oder auch 20.000 Kronen. Sie können lügen soviel Sie wollen; die Hauptsache ist, Sie bekommen Material und Nachrichten gegen diese Leute in die Hände." Prätorius erhielt von einem Verbindungsmann seiner Auftraggeber etwa 50 Adressen von Mitgliedern der Henlein-Bewegung mit dem Auftrage, vor allem Funktionäre derselben zu einer Erklärung zu verleiten, dass sie für den deutschen Nachrichtendienst tätig seien. Prätorius wurden gefälschte Pässe von seinen Auftraggebern ausgehändigt. Ein kürzlich stattgehabter Prozess entlarvte die Lockspitzeltätigkeit dieses Mannes. Es liegen Geständnisse von ihm selbst vor. Diese Aktion gegen die sudetendeutsche Bewegung erbrachte keinerlei Beweise über die Staatsfeindlichkeit derselben.

Der neue Gouverneur in Karpathorussland.

Es erfolgte die Neubesetzung des beinahe seit zwei Jahren vakant gebliebenen Postens des Gouverneurs von Karpathorussland, die von dem Präsidenten der Republik vorgenommen wurde. Der neue Gouverneur, der bisherige Bürgermeister von Uzhorod, *Konstantin Hrabar*, ist von Beruf griechisch katholischer Geistlicher. Der erste Gouverneur Dr. Zatkovic legte sein Amt nach zweijähriger Dienstperiode nieder, um nach den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika zurückzukehren. Sein Nachfolger Dr. Beskid starb im Jahre 1933.

Die Bestellung des neuen Gouverneurs von Karpathorussland nahm die Presse der Tschechoslow kei ziemlich zurückhaltend auf. Nur die „Lidove Noviny" äusserten sich etwas ausführlicher. Sie schrieben: Die Stellung des neuen Gouverneurs ist keineswegs als leicht anzusehen. Er soll das Verbindungsglied zwischen der Bevölkerung des Gebietes und der Regierung in Prag sein. Wie er diese schwierige Aufgabe erfüllen wird, wird davon abhängen, aus welcher Quelle er seine Kräfte zu schöpfen gewillt ist, sowie von dem Umstande, ob er sein Ohr denjenigen leiht, die das Gouvernementpalais umschleichen... In der Frage der Autonomie Karpathorusslands gilt Gouverneur Hrabar als ein Anhänger ihrer stufenweisen Verwirklichung.

Es ist bekannt, dass die Errichtung der Autonomie Karpathorusslands eine verträglich festgelegte Voraussetzung zur Übergabe dieses Gebietes an die Tschechoslowakei bei Abschluss des Weltkrieges gewesen ist. Die tschechoslowakischen Regierungen bezogen den Standpunkt, dass sie die Autonomie Karpathorusslands verwirklichen wollten, jedoch müsste vorher „eine erzieherische Vorarbeit" an der Bevölkerung dieses Gebietes geleistet werden, da diese für die Durchführung der Selbstverwaltung nicht reif wäre. Der von dem Präsidenten der Republik neu ernannte Gouverneur Karpathorusslands Hrabar ist offenbar ein Vertreter der in Prag bestehenden Auffassung über eine „stufenweise" vorzunehmende Errichtung der Autonomie. Wobei zu bemerken ist, dass die Prager Regierung den Zeitpunkt zu einer tatsächlichen Durchführung der Verpflichtung bezüglich der Autonomie dem eigenen Ermessen vorbehält.

Das Lemberger «*Dilo*» weist zu der rechtlichen Stellung des Gouverneurs von Karpathorussland darauf hin, dass neben diesem Amt noch ein anderes, das des Landespräsidenten für dasselbe Gebiet bestehe, woraus sich besondere Kompetenzfragen ergeben. Die tschechoslowakische Verfassung hat die Schaffung eines Postens des Gouverneurs nur bis zu der Er-

richtung eines autonomen karpathorussischen Landtages vorgesehen. Es hat sich erwiesen, dass die Kompetenzen der beiden höchsten Beamten des Landes nicht scharf genug von einander abgegrenzt sind. Landespräsident ist der Tscheche Dr. Rospytal.

Die „Neue Zürcher Zeitung" über Minderheitenverhältnisse in Rumänien.

Aus der «*Neuen Zürcher Zeitung*» entnehmen wir die folgende Äusserung:

Es gibt in Rumänien Chauvinisten, die gerade ihren Feldzug gegen die „Fremden" für eine nationale Tat halten. Sie sehen nicht die Gefahren, die sich für einen Staat mit 4 ½ Millionen Minderheiten daraus ergeben müssen, wenn diese Minderheiten, die grossenteils ebenso lange im Lande ansässig sind, wie die Rumänen selbst, als „Fremde" erklärt und staatsbürgerlich entrechtet werden. Sie sehen nicht, wie sie dem von ihnen so heftig bekämpften Revisionismus in die Hände arbeiten, wenn sie sich über die Minderheitenschutz Konvention hinwegsetzen wollen und wie sie ihre Stellung in Siebenbürgen und im Banat schwächen, wenn sie die dort lebende Bevölkerung in die Reihe der „Fremden" und „Staatsfeinde" drängen...

Senator Dr. Gyárfás über die Bestrebungen Vaida-Voevod.

Der ungarische Senator *Dr. Gyárfás* erstattete kürzlich in Oradea in einer aus dem ganzen Bihorer Komitat zahlreich besuchten Versammlung einen Bericht zur Lage der ungarischen Minderheit in Rumänien. Indem er sich insbesondere mit den Bestrebungen des früheren Ministerpräsidenten Vaida Voevod befasste, dass seiner Bewegung, die auf Zerstörung des inneren Friedens der Völker Siebenbürgens gerichtet sei, der gute Glaube abgesprochen werden müsse. Vaida kenne bei Verkündigung seiner extremen Grundsätze sehr wohl die tatsächlichen Zusammenhänge. Es müssten jedoch die notwendigen Abwehrmassnahmen vorgenommen werden. Senator Gyárfás verwies auf die Schaffung eines nationalen Katasters aller Bewohner Rumäniens unter zwischenstaatlicher Kontrolle, damit auch das Ungarntum seinen verhältnissmässigen Anteil im Staatsleben fordern könne. Dr. Gyárfás hob hierbei insbesondere die Notwendigkeit der Einigkeit des Ungarntums hervor. Er erklärte: „Ein Volk kön-

nen Schicksalsschläge und die Tücken seiner Gegner nicht umbringen. Nur dasjenige Volk stirbt, das selbst sein Grab gräbt, indem es den Glauben an sich, die Hoffnung auf die Zukunft, die opferbereite Liebe für seine Schicksalsbrüder verliert."

Zahlenmässige Daten zu den Wahlen in der Tschechoslowakei.

Am 19. Mai verliefen die Landeswahlen in der Tschechoslowakei, deren Ergebnis in unseren Tagesblättern reichlich bekanntgegeben wurde, wobei besonders der Sieg hervorgehoben war, den die sudetendeutsche Partei Konrad Henleins davontrug.

Uns interessiert bei diesen Wahlen insbesondere die Gestaltung der Parteiverhältnisse in der Slovensko, wo grosse Massen der ungarischen Minderheit leben. Darum geben wir in nachfolgender Tabelle die Daten bezüglich der letzten drei Wahlen bekannt:

Parteien der Slovensko	In den Jahren 1925	1929	1935
Slowakische Volkspartei Hlinkas	489.027	403.722	485.949
Tschechoslowakische Agrarpartei	247.841	278.770	282.233
Ungarische Oppositionsparteien	208.261	226.960	229.199
Kommunistenpartei	198.011	152.088	209.554
Tschechoslowak. soz.-dem. Partei	60.602	135.502	183.513
Tschechoslowak. Handwerker-Partei	11.602	29.955	41.956

Im Jahre 1925 hatten bei den Wahlen ausser den obigen Parteien die jüdische Partei 38.424, die slowakische Nationalpartei 35.446, die tschechische nationaldemokratische Partei 24.957, die tschechische Volkspartei 18.173, die westslovenskoer christlichsoziale Partei (Gruppe von Lelle) 17.285, die jüdische Wirtschaftspartei 5.144 Stimmen bekommen.

Bei den Wahlen von 1929 und den jetzigen bekamen von den teilnehmenden kleinen Parteien

	in 1929	in 1935
die tschechisch-national-sozialist. Partei	43.984	51.282
die tschechoslowakische Volkspartei	36.704	37.760
die Partei Kramarz-Stibrny	53.868	25.058

Stimmen.

Als neue Parteien meldeten sich in der Slovensko bei den Wahlen von 1935 die Partei Gajda's mit 32.583, die Partei Henlein's mit 27.572 und die deutsche Agrarpartei mit 256 Stimmen.

Die Zahlenkolonnen der grossen Parteien bezeugen, dass im Kräfteverhältnis derselben keine Verschiebung stattfand und mit Genugtuung können wir feststellen, dass die ungarischen oppositionellen Parteien ihre Stimmen und folglich auch die Zahl ihrer Mandate beibehalten haben.

Die Bibliografie der Ruthenenfrage.

Zusammengestellt von: **Dr. János Kertész.**

Alapy Gyula: Az illetőség jogvitája Szlovenszkóban és Ruszinszkóban. (Die Debatte über das Zuständigkeitsrecht in Slovensko und Russinsko). Komárom, 1924. 88. p.

Árky Ákos: Ruszinszkó küzdelme az autonómiáért. (Der Kampf Russinskos um die Autonomie). Bp., 1925. 55. p.

Árky Ákos: A ruszinszkói magyarság és Ruszinszkó autonómiája. (Die Ungarn in Russinsko und die Autonomie Russinskos). Bp.: Sylvester 1928. 19. p.

Baerlin Henry: Over the Hills of Ruthénia. London: Shaylor 1931. 245. p.

Barwinskyj, Alex. Österreich-Ungarn und das ukrainische Problem. München: Hans Sachs Verl. 1915. 44. p.

Bereghy Albert: Hogyan szakadt el a Ruthénföld (Wie geschah der Abfall Russinskos?) Bp.: Nemzeti Élet 1927.

Bereghy Albert: Ruthén kérdés és az integritás. (Die ruthenische Frage und die Integrität). Bp.: Szalay 1933, 51. p.

Biedermann H. J.: Die Ungarische Ruthenen, ihr Wohngebiet, ihr Erwerb und ihre Geschichte. Innsbruck 1862. 140 p.

Bonkáló Sándor: A rahói-kisorosz nyelvjárás leiró hangtana. Gyöngyös 1910. 49. p.

Bonkáló Sándor: A szlávok. (Die Slawen). Bp. 1915. 156. p.

Bonkáló Sándor: A magyar ruthének. (Die Ungarisch-Ruthenen.) Bp. 1920. 44. p.

Bonkáló Sándor: Die Ungarländischen Ruthenen. Sonderabdruck aus Ung. Jahrb. Bd. I. Berlin 1921.

Bonkáló Sándor: Az ukrán mozgalom története 1917–1922. (Die Geschichte der ukrainischen Bewegung 1917–1922). Bp. 1922. 224. p.

Bonkáló Sándor: A kárpátalji ruthén irodalom és müvelődés. (Die karpatho-ruthenische Literatur und Bildung). Pécs 1935. 82. p.

Chmelar-Klima-Necas: Podkarpatska Rus. Praha: Orbis 1923. 206. p.

Doskár Josef: Verejué zdravotnicti Podkarpatska a Rusi. Ushorod 1921.

Drahny V. és *Drahny* Fr.: Podkarpatska Rus, jeji prirodui a zenedelské pomery. Praha 1920.

Drahny V.: Zenedelské pomeri Podkarpatska Rusi. Uzhorod 1921.
Gerando F.: Le Complot Rouge en Ruthenie. Paris: Jouve 1930. 125. p.
Gozdava O.: Uherska Ukrajna. Praha 1919.
Herbatschek, A.: Die tschechoslowakischen Beskiden und die Tatra. Mährisch-Ostrau: Papauschek 1922.
Hodinka Antal: A kárpátalji ruthének lakóhelye, gazdaságuk és multjuk. (Der Wohnsitz, die Wirtschaft und Vergangenheit der Karpatho-Ruthenen) Bp.: Apostol ny. 1923. 48 p.
Holozsnay Tivadar: Akiket megismertek. Szinmü a magyarországi ruthének életéből. Ungvár: Unió 1917. 79. p.
Hora Alois: Organisace státne správy Podkarpatska Rusi I–II. Praha 1919. 19–35 p.
Husek Jean: Národopisna hranice mezi Slováky a Karpatorusy. Bratislava: Prudy 1925. 509. p.
Kadlec K. Podkarpatska Rus. (Prednasika re Státovedecké spolecneesti 21 kvéta 1920).
Karlics: A ruthén és kazárkérdés az ökörmezei járásban. (Die Frage der Ruthenen und Kazaren in Bezik Ökörmező. Bp. 1910.
Kertész János: Hungaria et Polonia. A magyar-lengyel kapcsolatok bibliografiája. (Die Bibliografie der ungarischen und polnischen Verbindungen). Bp.: Magyar-Lengyel Könyvtár 1934. 21. p.
Koch Bohumil: Podkarpatska Rusi. Jeji pomeri hospodarské kulturni a politické. Praha 1922.
Kozmillova Amalie: Podkarpatska Rus. Obraz prace zivota a lidu po zapletal Flostranca národopisné Praha 1922. Padkarpatika Rusi. Praha 1922.
Kupczanko Gregor: Das Schicksal der Ruthenen. Leipzig: 1887. 195. p.
Kuthy Zsigmond: Néhány szó a ruthén kérdéshez. (Einige Worte zur ruthenischen Frage). Debrecen: Horovitz 1902. 13. p.
Lengyel Const., Mihály: A ruthénekről. Monografikus karcolat. Über die Ruthenen, eine monografische Skizze). Ungvár 1899. 111. p.
Linek József: Podkarpatska Rus, Uvhay a poznámky. Habry 1922.
Lozynskyj, Michael: Dokumente des polnischen Russophilismus. Die russische Propaganda und ihre polnischen Gönner in

Galizien. Hrsg. Ukrainischen Nationalrat in Österreich. Berlin: Kroll 1915. 228. p.
Mészáros Károly: A magyarországi oroszok története. (Geschichte der Russen in Ungarn). Pest: Emich 1850. 166. p.
Melmuka V. V.: Pozemková reforma Podkarpatska Rusi. Uzhorod 1921.
Necas, Jaromia: Uherska rus a ceska zurualistika. Uzhorod 1919.
Oláh György: Jajkiáltás a Ruthénföldről. (Ein Weheschrei aus dem Ruthenenland). Bp.: Magy. Nemz. Szöv. 1928. 60. p.
Pesek Josef: Kulturni pomery a ostvetovo práce Podkarpatska Rusi. Uzhorod 1921.
Pesek Josef: Skolastvi Podkarpatska Rusi. Uzhorod 1921.
Petrov A.: Materialy dya istoroji zakarpatskoj-rusi. Praha 1923.
Romanecz Aladár: A ruthén kérdés megoldása. (Die Lösung der Ruthenenfrage). Bereg-Ilosva 1914.
Romanecz Aladár: A ruthénekről. (Von den Ruthenen). Bp. 1901. 20. p.
Sas Andor: Beregi szálfák utja Munkácstól Danzigig. Munkács: Szerző 1928. 32. p.
Smolka Stanislaus: Die Ruthenen und ihre Gönner in Berlin. 1902.
Szabó Orest: A magyar-oroszokról, ruthénekről. (Über die Ungarisch-Russen, Ruthenen). Bp.: Szerző 1912. 196. p.
Szabó Orest: A magyar-oroszokról. (Über die Ungarisch-Russen). Bp. Nemzetiségi könyvtár I. k. 1913.
Vojtech Lev.: Brana na nychod. Praha 1920.
Winter Eduard: Die Deutschen in der Slowakei und in Karpathen-Russland. Münster: Aschendorff 1926. 96. p.
Zapletal, Florian: Rusini a nasi buditele. Praha 1921.
Hungarian Frontier Readjustment Leauge. Minority grieances in Russinsko. Bp. Hornyánszky. 1927. 19.p.
Le probléme des Ruthénes en Hongrie. O. O. u. J. (Delégation tchéco-slovaque. Congrées de la paix. Mém. Nr. 6.)
A magyar-ruthén párt jegyzéke a Népszövetséghez, a Külhatalmakhoz és a Határmegállapitó Bizottsághoz az 1918. XII. 10. ruthén kongresszus határozatainak végrehajtása érdekében. (Die Note der Ungarisch-Ruthenischen Partei zum Völkerbund, zu den Grossmächten und zur Kommission für Regelung der Grenzen wegen Durchführung der Entscheidungen des ruthenischen Kongresses vom 10. Dezember 1918). Bp. Egyetemi ny. 1921.

Memorandum a Szövetséges és Társult Hatalmakhoz. Kiadta a Magyar-ruthén Politikai Párt. (Ein Memorandum zu den Assozierten und alliirten Grossmächten, herausgegeben von der ungarisch-ruthenischen politischen Partei). Bp.: Budapest nyomda r. t. 1920.

Az orosz invázió veszélye. Bp. 1883.

Az Őslakó. Ungvár. (Hirlap).

Zur polnisch-ruthenischen Frage in Galizien. Lemberg 1903.

Publikace pro zem Podkarpatska Russie 1919–1932. Slovan. Banska Bystrica.

Republican law of 1918, concerning the autonomy of the Russine (Ruthenian) nation living in Hungary. Bp.: Pesti kny. 1919. 3. p.

Skolstvi na Podkarpatské Rusi v pritomnosti. Praha: Pesina 1933. 51. p.

Ruszka-Krajna politikai jelentősége. (Die politische Bedeutung der Russka Krajna.) Domokos László, György Endre, Podhradszky György stb. nyilatkozatai. Bp.: Táltos 1919. 33. p.

Uzhorod-Ungvár Urjadovij - Vistnik I–XIII. évf. 1920–1933. Ungvár.

Zemsky Vestnik pro Podkarpatska Russ. I–VI. 1928.–1933.

Zprávy Státniho Pozemkového Uradu. 1932. 1–4. sz.)

In Tagesblättern und Zeitschriften.

Ajtay Gábor: A Ruthénföld autonómiája és a cseh politika. (Die Autonomie Rutheniens und die tschechische Politik). Magyar Kisebbség 1925.

Balogh Beéry László: A Saar szavazás és a ruthén föld. (Die Abstimmung im Saargebiet und das Land der Ruthenen). Magyarság 1935. jan. 20.

Balogh Beéry László: Reviziós politika lehetőségei a békeszerződések alapján. (Die Möglichkeiten der Revisionspolitik auf Grund der Friedensverträge). Magyarság 1935 jan. 23.

Balogh Beéry László: Európa vakbele. (Der Blinddarm Europas). Magyarság 1935 márc. 30.

Bartok Gábor: Mármarosban, Sziget és környékében az oroszok. Hely és népismertetés. Életképek 1845. II. (Die Russen in Mármarossziget und Umgebung). 19. sz.

Bereghy Aladár: La Hongrie et ses nationalités. Revue de

l'Europe Orientale politique et économique mensuelle 1920. II. 2—3.

Bereghy Albert: Prága kapkod. (Prag wird fahrig). Görögkatolikus Szemle 1929 mai 19.

Bereghy Albert: Csehszlovákságok. Görögkatolikus Szemle 1929 jul. 28.

Bereghy Albert: A revizió és a Ruthénföld. (Die Revision und Ruthenien). Magyarság 1929 aug. 9.

Bereghy Albert: Franciák és ruthének. (Franzosen und Ruthenen). Magyarság 1929 aug. 31.

Bereghy Albert: A cseh választások. (Die tschechischen Wahlen). Görögkatholikus Szemle 1929 nov. 17.

Bereghy Albert: Onnan tulról. (Von drüben). Görögkatholikus Szemle 1931 aug. 23.

Bereghy Albert: Az autonómia. (Die Autonomie). Görögkatholikus Szemle 1932 febr. 7.

Bereghy Albert: Kommunista. Görögkatholikus Szemle 1932 márc. 6.

Bereghy Albert: Véres forrongások az Erdőskárpátokban. (Blutiger Aufruhr in Karpathorussland). Görögkatholikus Szemle 1932 jun. 3.

Bereghy Albert: A ruthén autonómia. (Die Autonomie der Ruthenen). Görögkatholikus Szemle 1932 szept. 4.

Bereghy Albert: A térkép. (Die Landkarte). Görögkatholikus Szemle 1932 dec. 4.

Bereghy Albert: Autonómia ante portas. Görögkatholikus Szemle 1932 dec. 25.

Bereghy Albert: Kurtyák János. Görögkatholikus Szemle 1933 jan. 8.

Bereghy Albert: Román lap rágalmai. (Verleumdungen eines rumänischen Blattes). Görögkatholikus Szemle 1933 jan. 22.

Bereghy Albert: Tót nemzeti tanács. (Der Nationalrat der Slowaken). Görögkatholikus Szemle 1933 jul. 30.

Bereghy Albert: Az első lépés a revizió utján. (Der erste Schritt am Wege der Revision). Magyarság 1933 aug. 22.

Bereghy Albert: Helyzetkép. (Situationsbil). Görögkatholikus Szemle 1933 szept. 1.

Bonkáló Sándor: A ruszofil agitáció és a ruthén kérdés. (Die russophile Agitation und die ruthenische Frage). Magyar Figyelő Jg. II. 20.

Bonkáló Sándor: A szlávok multja és jelene. (Die Vergangenheit und Gegenwart der Slawen). Magyar Figyelő Jg. II. 24.
Bonkáló Sándor: Néhány szó az orosz lengyelekről. (Einige Worte über die Russisch-Polen). Magyar Figyelő Jg. IV. 13.
Bonkáló Sándor: Tagadómondat a magyar kisorosz nyelvben. Nyelvtudomány 1913. IV. p. 219–21.
Bonkáló Sándor: A se reflexivum a hucul-kisoroszban. Nyelvtudomány 1913. IV. p. 41–43.
Bonkáló Sándor: Ruthéneink irásreformja. (Die Schriftreform unserer Ruthenen). Magyar Figyelő Jg. VI. 2.
Bonkáló Sándor: Az orosz és a ruthén irodalmi nyelvkérdéshez. (Zur Frage der Schriftsprache der Russen und Ruthenen). Nyelvtudomány 1915. Jg. V. p. 84–110.
Bonkáló Sándor: Beiträge zur ukrainischen Wortforschung. Archiv für slawische Philologie 1916.
Bonkáló Sándor: Szláv kérdések. Lengyelek és ukránok. (Slawische Fragen. Polen und Ukrainer). Magyar Figyelő 1917. VII. p. 22–34.
Bonkáló Sándor: Szláv kérdések. Orosz nacionalisták a magyar ruthénekről. (Slawische Fragen. Russische Nationalisten über die Ungarisch-Ruthenen). Magyar Figyelő 1917. IV. p. 28–37.
Bonkáló Sándor: A cholmi kérdés. (Die Frage von Cholm). Magyar Figyelő 1918. VIII. p. 349–56.
Bonkáló Sándor: Ruthének elszlávositása. (Die Slawisierung der Ruthenen). Magyar Helikon 1920. I.
Bonkáló Sándor: A lengyel-ukrán offenziva. (Die polnisch-ukrainische Offensive). Magyar Helikon 1920. I.
Bonkáló Sándor: Die ungarländischen Ruthenen. Ungarische Jahrbücher 1921. p. 215–232. p. 313–41.
Bonkáló Sándor: A ruthén kérdés cseh, tót, ukrán és ruthén megvilágitásban. (Die ruthenische Frage in Beleuchtung der Tschechen, Slowaken, Ukrainer und Ruthenen). Külügyi Szemle 1929. p. 399–409.
Bonkáló Sándor: Háboruság a lengyelországi pravoszláv templomok körül. (Ein Kampf um die pravoslawischen Kirchen in Polen). Katholikus Szemle 1930. IX. p. 748–58.
Bonkáló Sándor: Petrov történeti könyvei a magyar ruthénekről. (Die historischen Bücher Petrovs über die ungarischen Ruthenen). Külügyi Szemle 1932. p. 336–38.

Bonkáló Sándor: Szevcsenko magyar nyelven. (Ukrán nyelven) megjelent Tarasz Sevcsenko tcory i-XVI. c. jubiláris kiadás XV. kötetében Warszawa 1935.

Fejér Gy.: A magyarországi ruthének eredete. (Die Herkunft der Ruthenen in Ungarn). Tudományos Gyüjtemény 1838, 1839.

Flachbarth, Ernő: A ruszinszkói tragikomédia. (Die Tragikomödie in Russinsko). Magyar Kisebbség 1925. 10. p. 373–76.

Gaujal: A magyarországi ruthénekről. (Über die Ruthenen in Ungarn). Tudománytár 1839. I. p. 5–15.

Goiditch Méthode: Le territoire autonome ruthéne. Revue de l'Europe Orientale politique et économique ansuelle 1920. I. 1–2. p. 42–56.

Hlavicka, M.: Podkarpatská Rus, den pripojeni k. C. S. R. a vyznacnejsi otázky s tim souvisejici. (Karpathorussland, der Tag der Angliederung an die Tschl. und die damit zusammenhängenden bedeuterenden Fragen). Usehrd. 1922. p. 88–96.

Kaisler, V.: K otázce exploitace státních lesu na Slovensku a Podkarpatské Rusi. (Zur Frage der Ausbeutung der staatl. Wälder in der Slowakei und Karpathorussland). T. Obz. 1922. p. 295–300.

Kárpátalji: Magyarok és nem magyarok. (Magyaren und Nicht-Magyaren). Magyarság 1928 jul. 1. p. 1–2.

Kárpátalji: Az uj Magyarország nemzetiségi problémái. (Die Nationalitätenprobleme des neuen Ungarn). Magyarság 1928 szept. 20. p. 1–2.

Lehoczky: A munkácsi cigányokról. (Über die Zigeuner von Munkács). Századok Jg. XV.

Mattyasovszky L. Kornél: Közös magyar-lengyel határ gondolata. (Der Gedanke gemeinsamer ungarisch-polnischer Grenze). Magyar Külpolitika 1935. 3–4. p. 12.

Molnár Endre: A Ruthénföld. (Das Ruthenenland). Pesti Hirlap 1928 márc. 18. p. 36.

Porcsalmi Soma: Népszokások Ugocsamegye délnyugati részében a magyaroknál és oroszoknál. (Volkssitten bei den Ungarn und Russen im südwestlichen Teil des Komitates Ugocsa). Nép Ujsága 1860. I. 11.

Rosner H. Ervin: A ruthén kérdés. (Die ruthenische Frage). Pesti Hirlap 1912 nov. 24. p. 66–67.

Siman, K.: Lesnictvi v. Podkarpatské Rusi. (Das Forstwesen in Karpathorussland). V. M. Zem. 1922. p. 1–4. p. 21–23.
Széll Sándor: Lengyel-magyar közös határ. (Gemeinsame polnisch-ungarische Grenze). Magyar Külpolitika 1935. 2. p. 14.
Szérván István: Magyarországi ruthén Mátyás király népmondák. (Völkische Sagen der ungarländischen Ruthenen über König Matthias). Ethnográfia 1911. p. 236–40.
Sztripszky Hiador: Kossuth Lajos a ruthén népköltészetben. (Ludwig Kossuth in der Volksdichtung der Ruthenen). Ethnográfia 1907. p. 157–65.
Tichy, F.: Nábozensky a cirkevni problém Podkarpatské Rusi. (Das religiöse und kirchliche Problem Karpathorusslands). Kalich 1922. p. 114–23.
Turi Béla: Lengyel-magyar közös határ. (Gemeinsame polnisch-ungarische Grenze). Nemzeti Ujság 1933 szept. 16. p. 1–2.
Turner Ferenc: A magyarországi oroszok története. (Mészáros könyvének ismertetése). (Geschichte der ungarländischen Russen). (Besprechung des Werkes Mészáros's). Magyar Hirlap 1850. 303., 306–309.
Ungifi: Ruthén nemzetiségi igazolás. Magyar Hirlap 1850. 313–315.
V. L.: Reflexiók a ruthén kérdéshez. (Reflexionen zur ruthenischen Frage). Pesti Hirlap 1912. p. 35–36.
Zsatkovics Kálmán: A magyarországi Oroszok Történetirásának történelme. (Die Geschichte der Geschichtsschreibung der ungarländischen Russen). Századok 1890. p. 568–73. p. 644–60.
Zsatkovics Kálmán: Vázlatok a magyarországi oroszok életéből. (Skizzen aus dem Leben der ungarländischen Russen). Budapesti Szemle 1895. LXXXII. p. 111. p. 274–301.
Aknamunka a ruthének között. (Wühlerarbeit unter den Ruthenen). Budapesti Hirlap 1912 jul. 14. p. 9.
Árverés szuronyok közt. Ruthén-zsidó kérdés. (Die ruthenisch-jüdische Frage). Alkotmány 1912 dec. 19. p. 9.
Bereg vármegyei oroszok. (Die Russen im Komitat Bereg). Regélő 1841. 35–39.
Csehország és Lengyelország. (Böhmen und Polen). Magyar Külpolitika 1922 nov. 12. p. 4.
A cseh-lengyel ellentét. (Der böhmisch-polnische Gegensatz). Magyarság 1923 máj. 4.

Cseh nyomás Lengyelországra. (Böhmischer Druck in Polen). Külpolitika 1929. 24. p. 1–2.

Egy nap ruthénföldön. (Ein Tag im Ruthenenlande). Alkotmány 1911 okt. 29.

Hogyan érvényesülnek a ruthének saját földjükön. (Wie die Ruthenen im eigenem Lande zur Geltung kommen). Magyar Kisebbség 1935. 2. p. 57.

A jövő cseh-lengyel háboru. (Der kommende böhmisch-polnische Krieg). Magyar Külpolitika 1922 okt. p. 2.

Kik az őslakók a Felvidéken. (Wer sind die Urbewohner in Oberungarn). Magyar Külpolitika 1929. 38. p. 8–9.

A közös lengyel-magyar határ. (Die gemeinsame polnisch-ungarische Grenze). Nemzeti Ujság 1934 máj. 27. p. 5.

A lengyelek és a csehek. (Die Polen und die Böhmen). Magyar Külpolitika 1923. 19. p. 5.

A lengyel-cseh viszály. (Der polnisch-tschechische Zwist). Magyarság 1924 márc. 19.

Lengyel hang Csehország felosztásáról. (Polnische Stimme über die Aufteilung Böhmens). Magyar Külpolitika 1924 nov. 25. p. 16.

Lengyelek követelik a közös lengyel-magyar határt. (Die Polen wünschen die gemeinsame polnisch-ungarische Grenze). Magyarság 1931 jun. 16. p. 11.

Lengyel-ruthén egyezkedés. (Polnisch-ruthenische Unterhandlung). Pesti Hirlap 1912. p. 36.

Lengyel-ruthén béke. (Polnisch-ruthenischer Friede). Pesti Hirlap 1912. dec. 31. p. 5–6.

Lengyelek és ruthének halálharca. (Der Todeskampf der Polen und Ruthenen). Pesti Hirlap 1912 ápr. 11. p. 34–35.

Lengyelek és ruthének Oroszországban. (Die Polen und Ruthenen in Russland). Budapesti Hirlap 1905 jul. 16. p. 13.

Magyar politikusok a ruszinszkói román kisebbségért. (Ungarische Politiker für die rumänische Minderheit in Russinsko). Magyar Kisebbség 1925. 12. p. 460.

A magyarországi oroszok. (Die ungarländischen Russen). Hazánk s a Külföld 1869. 5.

Mi mindent látott egy angol publicista Ruszinszkóban. (Was alles sah ein englischer Publizist in Russinsko). Magyar Kisebbség 1927. 19. p. 690–693.

Megindult a szlovenszkói és ruszinszkói Magyar Asszonyok Lapja. (Es erschien das Blatt der ungarischen Frauen in Slovensko und Russinsko). Magyar Asszonyok 19 5. 10–11. p. 363–64.

Orosz hang a ruthén kérdésről. (Russische Stimme über die ruthenische Frage). Budapesti Hirlap 1912 aug. 31. p. 6.

Orosz kéz. Ruthének eloroszositása. (Russische Hand. Die Russifizierung der Ruthenen). Budapesti Hirlap 1912 nov. 1. p. 2–4.

Orosz izgatás a ruthén megyékben. (Russische Agitation in den ruthenischen Komitaten). Budapesti Hirlap 1912 nov. 27. p. 12.

Orosz izgatás Magyarországon. (Russische Agitation in Ungarn). Az Élet 1912 nov. 29. p. 4.

Orosz bujtogatás. (Russische Aufwiegelung). Budapesti Hirlap. 1912 dec. 12. p. 1–2.

Ruszinszkó követeli a Nemzetek Szövetségébe való felvételét. (Russinsko fordert seine Aufnahme im Völkerbund). Magyar Kisebbség 1924. 20. p. 822.

Ruszinszkó önkormányzati joga. (Das Recht der Autonomie Russinskos). Külföldi Magyarság 1925. 40. p. 5.

Ruszinszkót másképpen kell kezelni, mint a többi országrészeket. (Russinsko muss anders behandelt werden als die übrigen Landesteile). Középeurópai Lloyd 1925. 15. p. 4.

Ruthén pravoszlávia érdekében. (Im Interesse der ruthenischen Pravoslawie). Cél 1914. p. 276.

Ruthén szokások. (Ruthenischen Gebräuche). Ország Tükre 1863. 7.

A ruthénföldi választások. (Die Wahlen im Ruthenenlande.) Magyar Külpolitika 1924. 10. p. 4–6.

Szlovenszkó és Ruszinszkó lakóssága nemzeti megoszlás szerint. (Die Bevölkerung Slovenskos und Russinskos nach ihrer Nationalität). Magyar Kisebbség 1927. 14. p. 537–39.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth şi Hoffer, Lugoj.